



VAdM-Kurier

58. Ausgabe: Juni/Juli 2024

Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e. V.

Herzlich willkommen zur
58. Ausgabe unseres
„VAdM-Kuriers“
im Juni/Juli 2024

Inhalt:

editorial	Seite 1
Aktualität	Seite 2
Neue Fraktionen im EU-Parlament	Seite 2
AfD-Pressemitteilung zur ‚Neuaufstellung der Erinnerungskultur‘	Seite 2
Bundesmittel deutsche Minderheit in Polen	Seite 2
BdV-Pressemitteilung Flucht und Vertreibung Teil der Erinnerungskultur	Seite 3
Presseschau	Seite 5
Demokratie à la EU: Gewinner und Verlierer	Seite 5
Historische Presseschau	Seite 6
Mit der AfD hat der tschechische Rechtsextreme ein großes Problem	Seite 7
Buchvorstellung	Seite 8
Kauf von Freiheit	Seite 8
Deutsche Minderheiten	Seite 9
Entre Rios wird ein Erfolgsprojekt	Seite 9
Erinnern	Seite 10
Erster Weltkrieg: „Erinnern an die Urkatastrophe“	Seite 10
Der Kreisauer Kreis (Teil 4)	Seite 12
Literatur aus Ostmitteleuropa/Impressum/	Seite 17

Wir werden die Letzten sein

*Maffersdorf, wir werden die Letzten sein,
die sich an dich, wie du einst warst, erinnern.*

*Doch einmal lassen wir dich auch allein,
können uns um dich nicht mehr kümmern.*

Ob danach nur Vergessen bleibt?

Das würde manchen sogar passen!

*Ob Liebe zu dir neue Blüten treibt,
die Nachkommen nicht von dir lassen?*

Unser Geburtsort hat hunderte von Jahren

Maffersdorf noch geheißen,

mit uns wird er als solcher enden.

Wir sind die letzten Originale hier,

hielten deine Erde in den Kinderhänden.

Wir können heute nur die Jüngeren beschwören,

sie mögen dich in ihrem Herzen tragen,

weiter der Väter und Mütter Heimat ehren

und stets nach deinem Schicksal fragen.

Doch unumstößlich werden wir die Letzten sein,

die dich Maffersdorf noch konnten nennen.

Wir litten schwer mit deiner Pein,

lernten den Beginn schon in den Kindheitstagen kennen.

Ach Maffersdorf, wir werden die Letzten sein ...

https://maffersdorf.de/chronik/band_06/maffersdorf_erinnerungen-in-bildern_01.htm

editorial

Vor ein paar Tagen hat die Wahl zum EU-Parlament stattgefunden. Auch wenn es einige Verschiebungen im konservativen und linken Lager gab, zeichnet sich durch die voraussichtliche Nominierung von Ursula von der Leyen keine neue EU-Politik ab.

Entsprechend wird sich in der Migrations- und in der Ukraine-Politik nichts, aber auch gar nichts ändern. Gegen die Alternative für Deutschland, als die einzige Alternative zu einer verfehlten Europa-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, von immer mehr Bürgern gewählt, wird vom etablierten Parteienblock mit strategisch geplanten Diffamierungskampagnen vorgegangen.

Parallel dazu versuchen „Ampel“-Vertreter, die Verbrechen an Deutschen nach 1945 durch Akzentuierung der globalen Migrationsbewegungen einschließlich einer Schuldumkehr zu relativieren.

Vadim Derksen

Herbert Karl



Die Bronzetafeln am Auswandererdenkmal am Donauufer in Ulm erinnern an die Vertreibung der Donauschwaben

Neu: Orban und Le Pen in einer EU-Fraktion – AfD bei „Souveränisten“

Neue EU-Fraktionen: Die Ereignisse im Europäischen Parlament in Brüssel überschlagen sich gerade. Wie aus gut unterrichteten Kreisen bekannt wird, werden sich künftig drei verschiedene patriotische bzw. rechts-konservative Fraktionen bilden.

Von CONNY AXEL MEIER | Überraschenderweise hat sich die ungarische FIDESZ unter Viktor Orbán mit Marine Le Pen (RN) darauf geeinigt, zusammen mit dem Italiener Matteo Salvini (Lega) und dem früheren und wohl nächsten Ministerpräsidenten Tschechiens, Andrej Babis (vorher ALDE) eine gemeinsame Fraktion zu bilden. Vermutlich wird diese unter gleichem Namen die ID (Identität und Demokratie) bilden. Überraschend ist das deshalb, weil erwartet wurde, daß die FIDESZ in die EKR aufgenommen würde, nachdem das Verhältnis von Orbán mit Giorgia Meloni recht gut ist. Aber vermutlich haben die Skandinavier das verhindert, die nicht gerade als ungarfreundlich gelten.

Meloni wird weiterhin die starke Frau bei der EKR (Konservative und Reformer) bleiben und ihren eigenen Klub mit der polnischen PIS bilden. Zwei Bienenköniginnen im gleichen Volk können eben nicht miteinander. Das ist nicht überraschend.

Führungsaufgabe der AfD bei „Souveränisten“-Fraktion

Und die AfD? Sie wird – nachdem sie bekannterweise aus der ID ausgeschieden ist – mit einigen anderen patriotischen Parteien, vorwiegend aus Osteuropa – beispielsweise die ungarische Mi Hazánk (übersetzt: Unsere Heimat) - eine eigene Fraktion unter dem Namen „Souveränisten“ bilden. Auch die Bezeichnung „Alternative für Europa“ stand wohl zur Debatte, wurde aber später wieder verworfen. Die AfD würde in dieser Fraktion mit Abstand die meisten Abgeordneten stellen und dementsprechend eine Führungsaufgabe übernehmen.

Überraschend ist hingegen die Einigung von Le Pen und Orbán. Nachdem die FIDESZ schon im Laufe der letzten Legislaturperiode aus der ehemals christdemokratischen EVP (Europäische Volkspartei) ausgeschieden ist, die weiterhin vom Orbán-Hasser Manfred Weber geführt wird, hat Weber nun dieser Tage die neu gegründete Tisza-Partei von Peter Magyar aufgenommen, die in Ungarn sieben Mandate erobert hat und damit die linke Opposition kannibalisiert hat, die nur noch zwei Sitze innehat. Dafür mußte der Abgeordnete der christdemokratischen ungarischen KDNP weichen, zumal die EVP die rumänische nationalistische Ungarn-Hasser-Partei AUR aufgenommen hat.

Webers EVP als Abladestelle linker Parteien

Während also unter Webers Führung die EVP unter tatkräftiger Hilfe der CDU/CSU zur Abladestelle ehemals konservativer, nunmehr aber linker Parteien mutierte, werden sie zusammen mit Pseudoliberalen (Renew) und Sozialisten die Impfstoff-Bestell-Milliardärin Ursula von der Leyen weiterhin im Amt halten und so der Strafjustiz entziehen.

Wie auch immer das Pokerspiel ausgeht: die vereinigten Linken von der EVP bis hin zu den Kommunisten werden weiterhin die Bedeutungslosigkeit der EU verstärken und an der transatlantischen Leine geführt werden.

Quelle: <https://unser-mittleuropa.com/140591>

Bild: Screenshot MDR (25. Juni 2024)



Pressemitteilung

Marc Jongen: Claudia Roth will die Erinnerung an die deutschen Vertriebenen tilgen



Berlin, 10. April 2024

Bereits Ende letzten Jahres beschloß die Bundesregierung die Streichung des Bezugs zur deutschen Identität aus dem Namen des „Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa“ (BKGE). Jetzt hat die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Unionsfraktion dazu auf skandalöse Weise geantwortet. Hierzu äußert sich der kulturpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Marc Jongen, wie folgt:

„Mit der Streichung des Bezugs zur deutschen Identität aus dem Namen des ‚Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa‘ (BKGE) treibt Frau Roth das rot-grüne Projekt der Entdeutschung der Erinnerungspolitik voran. Der Bund der Vertriebenen hat völlig zu Recht festgestellt, daß sich die Namensänderung des BKGE so anfühle, als habe man sich ‚der Deutschen entledigt‘

Die ‚Neuaufstellung der Erinnerungspolitik‘, deren ‚Weiterentwicklung‘ Frau Roth angekündigt hat, ist ein zentraler Baustein des gesellschaftspolitischen Transformationsprozesses, den die Ampel-Regierung mit aller Konsequenz verfolgt. Mit dem Argument, Deutschland sei ein ‚Einwanderungsland‘, wird jetzt auch die Erinnerungspolitik zur ‚Grundlage für einen politisch respektvollen Umgang mit der Diversität unserer Gesellschaft‘ umfunktioniert.

Nach Frau Roth gehe es darum, ‚die Augen zu öffnen für die Traumata, die viele Eingewanderte‘ ‚auf dem Weg nach Deutschland oder hier erfahren haben – angefangen mit dem Kolonialismus bis hin zu Erfahrungen von Rassismus und Ausgrenzung in Deutschland‘. Die Erinnerung an die Vertreibung der Deutschen aus ihren angestammten Siedlungsgebieten in den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches schrumpft auf diese Weise zum Teil der ‚postmigrantischen Gegenwart Deutschlands‘.

Diese Entnationalisierung der Erinnerungspolitik ist nicht nur ein Anschlag auf das kollektive Gedächtnis der Deutschen, sondern auch auf unser Herkommen und unser Werden als Volk und Nation, den wir nicht hinnehmen dürfen. Die AfD-Fraktion wird sich diesem Versuch, die Erinnerungspolitik für linksgrüne gesellschaftspolitische Ziele zu instrumentalisieren, entschieden widersetzen.“

<https://afdbundestag.de/marc-jongen-claudia-roth-will-die-erinnerung-an-die-deutschen-vertriebenen-tilgen/>

Bundesmittel für die deutsche Minderheit in Polen

Berlin: (hib/PK) Die Bundesmittel für die deutsche Minderheit in Polen sind Thema einer Kleinen Anfrage ([20/11521](#)) der AfD-Fraktion. Ab September werde in Polen der Unterricht in Deutsch als Minderheitensprache wieder an den Schulen gewährleistet. Die neue Bildungsministerin habe die entsprechende Verordnung im Februar geändert, heißt es in der Anfrage.

Vertreter der deutschen Minderheit beklagten jedoch, daß es kaum noch Lehrer für den Minderheitensprachenunterricht in Deutsch gebe. Der von der deutschen Minderheit in Polen festgestellte Mangel an Deutsch-Lehrern sei insofern fragwürdig, als der Bund fünf Millionen Euro „zur Deckung des Mehrbedarfs für die außerschulische Sprachförderung der deutschen Minderheit in Polen“ für das Jahr 2023 bereitgestellt habe.

Die Abgeordneten wollen von der Bundesregierung wissen, wie viele Lehrer derzeit das Fach Deutsch als Minderheitensprache in Polen unterrichten und wie Bundesmittel zur Sprachförderung verwendet worden sind.

30.05.2024

Inneres und Heimat — Kleine Anfrage — hib 354/2024

Pressemitteilung des Bundes der Vertriebenen

28.06.2024

Flucht und Vertreibung selbstverständlicher Bestandteil der deutschen Erinnerungskultur

Debatte über neue Gedenkstättenkonzeption breiter führen

Im Anschluß an eine öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages mit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Claudia Roth MdB, erklärt BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius:

Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung der Deutschen am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg, an ihre Eingliederung und ihre Aufbauleistungen, aber auch an ihren grenzüberschreitenden Brückenbau in Europa ist ein selbstverständlicher und eigenständiger Bestandteil der deutschen Erinnerungskultur. Er hängt eng mit den Folgen der NS-Diktatur und des Zweiten Weltkriegs zusammen.

Diesen Teil deutscher Geschichte einer „von Migration und Mobilität geprägten Gesellschaft“ zuzuordnen ist euphemistisch, weil damit historische und soziologische Unterschiede zur Einwanderung wie auch zu Fluchtbewegungen außerhalb Deutschlands ignoriert oder verwischt werden.

Der Bund der Vertriebenen erwartet daher, daß eine Debatte über die Erweiterung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes breiter geführt wird. Neben den bestehenden Themen NS-Diktatur und SED-Unrecht und den aktuell diskutierten Themen wie Kolonialismus, Migrationsgeschichte oder Demokratiebewegungen müssen auch Flucht und Vertreibung der Deutschen einbezogen werden. Hiervon ist bislang leider nichts zu hören oder zu lesen.

Dabei sind die Grundlagen vorhanden. Mit dem Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin etwa hat die Bundesregierung einer von breiter Basis der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler getragenen Ausstellungs- und Gedenkstätteninitiative eine Form gegeben. Die Schwerpunktsetzung in den zugrundeliegenden Arbeitskonzepten ist dazu geeignet, diesen zentralen Ort mit historischem Bezug als einen wichtigen Bestandteil der Gedenkstättenlandschaft des Bundes zu etablieren. Entscheidend hierfür ist jedoch, dass diese Konzepte nicht aufgeweicht und in die Richtung thematisch fremder, ebenfalls erinnerungswürdiger Bereiche wie der Migrationsgeschichte gerückt werden.

Insgesamt gilt es, die Unabhängigkeit der Gedenkstätten und der Orte der Erinnerungskultur vor ideologischer und politischer Einflußnahme aktiv zu schützen. Weiterentwicklungen und thematische Erweiterungen sind sensibel, transparent und in breiter Beteiligung der Träger, der Opfer- und Interessensverbände, der aktiven und engagierten Bürger sowie von Wissenschaft und Forschung zu gestalten. Sonst besteht die Gefahr einer staatlich gelenkten Geschichtsinterpretation und Erinnerungskultur.

Die Pressemitteilungen des Bundes der Vertriebenen sind zur Information, zur redaktionellen Verwertung bzw. zur Veröffentlichung bestimmt. Etwaig beiliegende Fotos dienen ebenfalls zur redaktionellen Verwertung bzw. zur Veröffentlichung. Bitte beachten Sie dabei die Urhebernennung. Bei Rückfragen sprechen Sie uns unter den genannten Kontaktdaten an. Weitere Auskünfte erteilt die Pressestelle.

Quelle: <https://www.bund-der-vertriebenen.de/presse/>
[Auf dunkles Kapitel der Vertreibung der Deutschen aus Osteuropa macht der PREUSSEN-KURIER \(Heft 1, 2024\) aufmerksam: Heimatvertriebene \(„Umsiedler“\) in der DDR.](#)

[presse-details/flucht-und-vertreibung-selbstverstaendlicher-bestandteil-der-deutschen-erinnerungskultur](#)

Auf ein dunkles Kapitel der Vertreibung der Deutschen aus Osteuropa macht der PREUSSEN-KURIER (Heft 1, 2024) aufmerksam: Heimatvertriebene („Umsiedler“) in der DDR.

PREUSSEN KURIER
HEIMATNACHRICHTEN FÜR OST- UND WESTPREUSSEN IN
BAYERN

Ausgabe 1 / 2024 – 15. Jahrgang



Beim vormittäglichen Spaziergang durch die Altstadt von Gnesen grüßt im Hintergrund majestätisch der Dom (Foto: Christian Joachim)

Liebe Landsleute, liebe Leser,

der Winter ist überstanden, und die Reisefreudigen unter uns sind längst wieder unterwegs; wir haben Ihnen wieder eine „Frühlingsleichte“ Lektüre zusammengestellt, die man auf „Großer Fahrt“ ebenso gut lesen kann wie im heimischen Garten oder auf dem Balkon.

Kernstück unseres Heftes ist diesmal ein ausführlicher Beitrag zur Geschichte der evangelischen Kirchenmusik in Königsberg, den Prof. Dr. med. Dr. phil. Hans Huchzermeyer für uns verfaßt hat, dem wir an dieser Stelle sehr danken! Jörn Pekrul hat, neben einem Beitrag über Immanuel Kant anläßlich seines 300. Geburtstages, einen Bericht über die Berliner Ausstellung „Stillgeschwiegen!“ geschrieben, die sich mit dem Leben der ostdeutschen Heimatvertriebenen in der SBZ/DDR befaßt und die nunmehr in verschiedenen Städten der Bundesrepublik gezeigt wird. Einige Nachrichten „quer durch Ostpreußen“ hat dankenswerterweise Prof. Dr. Thomas W. Wyrwoll geliefert, und unsere Hamburger Kolumnistin Gabriele Schwarze fragt wieder kritisch: „Kann es sein, daß...?“, während unser Leipziger Leser Wolfgang Thamm die Geschichte der Flucht seines Vaters aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft sehr gekonnt dargestellt hat. Auch ein Gruß von Biographin Franziska Lüttich aus Oberbayern fehlt nicht, und selbstverständlich berichten wir über die 1. Landeskulturtagung in Ellingen und den Landesdelegiertentag in Weißenburg. Schließlich wird noch ein neu erschienenes Buch rezensiert, das sich mit der Geschichte der Kleinbahn Putzig – Krockow in der nördlichen Kaschubei auseinandersetzt. Langeweile beim Lesen wird also sicher nicht aufkommen, meinen Ihr

Christoph M. Stabe, Landesvorsitzender

Rainer Claaßen, stellvertretender Landesvorsitzender

Europawahl: Wie aus Wahlverlierern Sieger werden

11. Juni 2024

SPD-Spitzenkandidatin Barley holt bei der Europawahl das schlechteste SPD-Ergebnis aller Zeiten. Jetzt will sie EU-Parlamentspräsidentin werden. Und die Grünen sollen den deutschen EU-Kommissar stellen.

BERLIN/BRÜSSEL. Die Spitzenkandidatin des großen Wahlverlierers SPD bei der Europawahl, Katarina Barley, soll Präsidentin des Europaparlamentes werden. Vorgesehen für ihre Amtsübernahme ist die zweite Hälfte der fünfjährigen Legislaturperiode. Mit diesem Ziel gehen die Sozialdemokraten in die Verhandlungen um die große Ämtervergabe nach der Europawahl, wie auf einer Pressekonferenz Barleys mit der Parteispitze in Berlin am Montag deutlich wurde.

Barley hat zum zweiten Mal hintereinander das schlechteste Ergebnis zu verantworten, das die SPD jemals bei bundesweiten Wahlen eingefahren hat. 2019, bei ihrer ersten Spitzenkandidatur, war die Partei um 11,5 Punkte auf 15,8 Prozent abgesackt. Am vergangenen Sonntag unterbot Barley den bisherigen Tiefstand noch einmal: Mit 13,9 Prozent landete die SPD hinter Union und AfD auf Platz drei.

Barley setzt EVP unter Druck

Doch beim großen Postenpoker in Brüssel spielen Wahlergebnisse kaum eine Rolle. Es geht um Bündnisse. Motto: Gibst du mir, gebe ich dir. Die EVP, zu der CDU und CSU gehören, ist mit 186 Sitzen weit von einer absoluten Mehrheit im [720 Abgeordnete umfassenden Parlament](#) entfernt. Da sie den Kommissionspräsidenten stellen will – ob das Ursula von der Leyen (CDU) bleibt, ist ungewiß –, braucht sie Partner, denen sie Versprechungen machen kann. Davon möchte Barley profitieren.

Die SPD-Politikerin will nach zweieinhalb Jahren Legislaturperiode die Malteserin Roberta Metsola (EVP) ablösen, deren Wahl für die erste Hälfte als sicher gilt. Die Sozialisten stellen mit 137 Abgeordneten die zweitstärkste Fraktion, sind aber kleiner als die rechten Parteien zusammen, die insgesamt 157 Mandate erreichten. Diese sind jedoch auf die Fraktionen EKR (73) und ID (58) aufgespalten. Hinzu kommen die [bis jetzt fraktionslosen AfD](#) (15) und ungarische Fidesz (11).

Auch Europawahl-Verlierer Grüne profitiert

Die SPD macht zur Bedingung für eine Kooperation mit der EVP, daß diese „sich nicht auf Rechtspopulisten und Rechtsextremisten in ihrer Mehrheitsfindung stützt“. Ihren Anspruch auf den Parlamentspräsidentenposten erklärte Barley damit, daß auch Metsola bei der Wahl auf Malta verloren habe. Barley betonte auf der Pressekonferenz am Montag: „Das ist ein eigener politischer Bereich, wo eigene Gesetze gelten.“ Heißt: Um Europawahl-Ergebnisse geht es in der EU nicht.

Davon könnten auch die Grünen profitieren, sollte von der Leyen an der Spitze der Kommission abgelöst werden. Dann würde der größte Wahlverlierer der Europawahl vom Sonntag zum Zuge kommen. Denn dadurch hätte Deutschland Anspruch auf einen Kommissar, und den hat die Ampel-Koalition lange vor dem Wahlsonntag der Ökopartei zugesagt. Die Grünen waren um 8,6 Punkte auf nur noch 11,9 Prozent und von Platz zwei auf Rang vier abgestürzt. Als Favorit für das Amt gilt Anton Hofreiter. (fh)

Quelle: <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2024/europawahl-wie-aus-wahlverlierern-sieger-werden/>

Historische Presseschau

Die Beneš -Dekrete und die EU

Nach wie vor gelten die umstrittenen Beneš-Dekrete in der Tschechischen Republik und in der Slowakei. Dabei handelt es sich um die 143 unter der Präsidentschaft Eduard Benešs erlassenen Einzeldekrete.

Es war dies während der Kanzlerschaft Gerhard Schröders – Anfang des Jahrtausends – die große *diplomatische* Herausforderung bei der Aufnahme der Tschechische Republik in die EU gewesen, die Abschaffung dieser aus den Wirren der Nachkriegszeit und den Anfängen des Kalten Krieges erlassenen Vertreibungs-Dekrete mit *Nachdruck* zu fordern. Wie bei der Einführung des Euro unter Kanzler Kohl endete diese Forderung in einer diplomatischen Schlappe der bundesdeutschen Politik.

Die Einführung der Vertreibungsdekrete jährt sich 2025 zum 80 Mal; an dieser Stelle soll an dieses noch immer offene Problem der EU-Geschichte erinnert werden. Daß dem so ist, zeigte erneut die Fraktionsbildung der Konservativen im EU-Parlament nach den Wahlen im Juni 2024. Die tschechischen und französischen Konservativen finden aufgrund historisch gewachsenen Fakten, denen sich selbstredend auch noch aktuelle Tagesthemen sowie taktische Spielchen hinzugesellen, nicht einen Konsens mit der Alternativen für Deutschland. Dies zeigt der folgende Artikel der WELT vom 27. April 2019.



Unter der Rubrik **Erinnern** werden wir ab dem nächsten Kurier an die Beneš-Dekrete und ihre Protagonisten erinnern.

Die Redaktion

Die WELT:

POLITIK

Mit der AfD hat der tschechische Rechtsextreme ein großes Problem

27. April 2019

Von Hans-Jörg Schmidt

Zum Auftakt seines Europawahlkampfes in Prag stützen den Rechten Tomio Okamura Prominente wie Le Pen und Wilders. Aus Deutschland kommt niemand

Zu Ehren Allahs werden sie dir den Kopf abhacken“, brüllt der Frontmann der offen rechten und rassistischen Band Ortel in dem Lied „Mešita“ (Moschee) von der Bühne. Und dass er sich betrogen fühle, „wenn die, die das Land regieren, mit arabischen Mördern diskutieren wollen“. Das heizt kräftig ein. Vor allem jüngere Fans der Gruppe sind nach dem 45-minütigen Konzert am Ausflippen. Auftakt für ein Politspektakel unter freiem Himmel in Prag.

Der Auftrittsort war gut gewählt. Die Bühne für den EU-Wahlkampfauftakt der tschechischen Rechtsaußenpartei Freiheit und direkte Demokratie (SPD) wurde quasi unter den Augen des böhmischen Nationalheiligen Wenzel auf dem nach ihm benannten Platz aufgebaut. Beim Heiligen Wenzel werden die Tschechen inbrünstig. Da kommen starke Worte gut an. Nicht nur in Liedern. SPD-Chef Tomio Okamura erinnert denn auch etwas großspurig vor mehreren Hundert seiner Anhänger daran, dass Wenzel für den „tausendjährigen Kampf um die tschechische Freiheit“ stehe. „Heute kämpfen wir wieder für unser Überleben“, sagt er.

Okamura, Sohn eines Japaners und einer Tschechin, kämpft derzeit vor allem um sein eigenes politisches Überleben. Seine Partei und er selbst sind erstmals im aktuellen Extremismusbericht des Prager Innenministeriums denkbar negativ erwähnt worden. Wiederholt seien Vertreter der SPD extremistisch aufgetreten und dadurch mit dem Gesetz in Konflikt geraten, heißt es da.

Bei der Parlamentswahl 2017 hatte Okamura mit seiner SPD mit 10,6 Prozent der Stimmen noch einen beachtlichen vierten Platz geholt. Im Moment dümpelt die Partei jedoch laut dem Meinungsforschungsinstitut STEM bei sechs Prozent herum. Bei neuerlichen Parlamentswahlen würde die SPD damit gerade so wieder ins Abgeordnetenhaus einziehen. Bei der Europawahl wird das leichter, weil da keine Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden ist; hier dürfte die Partei erstmals einziehen und will dann in Straßburg die rechte Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit (ENF) stärken.

Fortsetzung auf S. 7

Fortsetzung von S. 6

Prominente Chefs der dort schon länger vertretenen Parteien eilen am Donnerstag an die Moldau, um Okamura eine Anschubhilfe zu geben. Sie sparen nicht mit Lob für ihren „großartigen tschechischen Freund“. Geert Wilders nennt ihn „einen wahren Helden“, dessen „Tapferkeit“ ihn tief beeindruckt. In dieses Horn stoßen auch die anderen Gäste, Marine Le Pen an der Spitze. Mit der AfD jedoch, von der niemand erschienen ist, hat Okamura ein Problem in einem ihm höchst wichtigen Detail: Die fordert gern mal die Aufhebung der Beneš-Dekrete, mit denen nach dem Zweiten Weltkrieg unter anderem die Enteignung der später kollektiv vertriebenen Sudetendeutschen angeordnet worden war. Derlei Verlangen ist aus Sicht Okamuras schlichtweg eine Frechheit. Alle Redner arbeiten sich aber vor allem an Europa ab und an ihrem Lieblingsthema Migration und Islamismus. Die Zuwanderung zieht in Tschechien nach wie vor und ist nach einer Umfrage von Eurobarometer das wichtigste Thema für die Europawahlen überhaupt. Und das obwohl sich das Land prinzipiell der Aufnahme von Flüchtlingen verweigert und die Tschechen somit Migranten nur aus der Auslandsberichterstattung der Fernsehnachrichten kennen.

Als Wilders erzählt, daß die Jugendlichen in den größten niederländischen Städten heute mehrheitlich muslimisch seien, hört man ein Raunen in der Menge. „Unglaublich, das wollen wir nicht auch bei uns so haben“, sagt ein tschechischer Rentner vor der Bühne. Ängste dieser Art zu schüren ist genau das Programm auch Okamuras. Daß es in Tschechien so gut wie keine Muslime gibt, ficht ihn nicht an. Es soll auch künftig keine geben. Dafür würde er auch schon mal „Schweine vor die Moscheen treiben“, hatte er früher mal gesagt. Die EU sei an der Migration schuld, betreibe das ganz absichtsvoll und zielgerichtet, wettet er. „Damit soll unser Europa liquidiert werden.“

Okamura verteilt bei der Gelegenheit auch einen Seitenhieb auf [Deutschland](#), das den klaren Anspruch habe, dieses „Monster“ EU zu führen. Erstmals spricht er sich öffentlich für einen EU-Austritt Tschechiens aus und bestreitet entschieden, dass ein solcher sein Land teuer zu stehen kommen könnte. „Wenn wir zwischen EU-finanzierten Fahrradwegen und der Freiheit wählen sollen, dann ist unsere Entscheidung klar“, ruft er seinen Anhängern zu, die seinen Namen skandieren.

Etwas skurrile Schützenhilfe bekommt Okamura von der britischen Ukip-EU-Abgeordneten Janice Atkinson, die in ihrer Rede allen Ernstes sagt: „Der Austritt aus der EU ist ganz leicht.“ Da gucken selbst hartgesottene EU-Gegner im Publikum etwas ungläubig. Jedenfalls die, die die Worte Atkinsons überhaupt verstanden haben. Die ausländischen Gäste radebrechen in ihrer Begrüßung zwar das, was sie für Tschechisch halten, sprechen dann aber Englisch oder Französisch. Eine tschechische Übersetzung gibt es nicht. Nur bei einem kurzen Grußvideo von Italiens Rechtsaußen Matteo Salvini. Dessen Abwesenheit entschuldigt der Moderator mit der Information, daß Salvini in [Italien](#) eine neue Polizeistation habe einweihen müssen. Das Sprachproblem macht vor allem den älteren Anhängern der Okamura-Partei zu schaffen. Sie klatschen dennoch tapfer.

Nicht allen in Prag gefällt der Auftritt der Rechten. Eine genehmigte Gegendemonstration stört die Veranstaltung mit Trillerpfeifen und anderem Lärm so sehr, dass sie kurzzeitig unterbrochen werden muß. Doch die Protestierenden ziehen sich zurück, als die Polizei eingreift. Nach zwanzig Minuten ist die Gefahr der Eskalation gebannt.

Der Moderator holt noch einmal alle Stargäste auf die Bühne. Le Pen schüttelt ein paar Hände. Zwei Mädels im Shirt der Band Ortel stimmen im Weggehen noch einmal fröhlich das Lied von Allah und vom Kopfabhacken an.

Quelle: https://www.welt.de/print/die_welt/politik/article192540231/Mit-der-AfD-hat-der-tschechische-Rechtsextreme-ein-großes-Problem.html



Buchvorstellung

Kauf von Freiheit von Hannelore Baier, Ernst Meinhardt
Dr. Heinz-Günther Hüscher im Interview mit Hannelore Baier und Ernst Meinhardt

Preis pro Stück:

Lei 39 / € 13,00

Inkl. MwSt.: 5% (Lei) / 7% (EUR)

Kategorie: Bücher

Seiten / Format: 191 Seiten; Taschenbuch

Erscheinungsjahr: 2013

Verlag: Sibiu/Hermannstadt - Honterus

Sprache: Deutsch

ISBN: 9789731725901

Im Sommer 2011 erschien „Actiunea ‚Recuperarea‘. Securitatea si emigrarea germanilor din România (1962-1989)“ im „Enciclopedica“-Verlag in Bukarest. Der vom Nationalrat für das Studium der Securitate-Archive (CNSAS) und dessen Mitarbeitern Florica Dobre, Florian und Luminita Banu sowie Laura Stancu herausgegebene über 900 Seiten starke Wälzer umfaßt Urkunden aus rumänischen Archiven über die Art und Weise, in der die Securitate im Auftrag der höchsten Staats- und Parteiführung Rumäniens die Deutschen aus Rumänien für immer mehr Devisen in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen ließ.

Als das Buch bereits in Druck war, erhielt die Verfasserin im Archiv des CNSAS, ohne sie beantragt zu haben, die sechs Bände der Akte „Eduard“ (Fonds des ehemaligen Außenspionagedienstes SIE, Dossier 3.673). Ich hätte doch mal nach Unterlagen zum Freikauf der Deutschen gefragt, lautete die Erklärung. Stimmt, das war 2006.

Inzwischen waren mehrere Rechercheergebnisse zum Thema sowie Interviews des aus dem Banat stammenden Deutsche-Welle-Journalisten Ernst Meinhardt mit Dr. Heinz Günther Hüscher (auch in der ADZ) erschienen. Darin war bekannt gegeben worden, daß Dr. Hüscher, seit 1968 der deutsche Verhandlungsführer in diesen Gesprächen, von den rumänischen Sicherheitsdiensten als „Eduard“ geführt wurde, in Anlehnung an den Vornamen von Dr. Ewald Garlepp, der sich zuvor mit dem Freikauf befaßt hatte, allerdings in anderem Auftrag und mit anderen Methoden. Im Verlauf der seit dem Frühjahr mit Dr. Hüscher geführten E-Mail-Korrespondenz zum Thema Familienzusammenführung und Freikauf, erfolgte die Einladung nach Neuss, wo Dr. Hüscher lebt.

Hannelore Baier:

„Am 6. Oktober 2011 habe ich den Konferenzraum in der Anwaltskanzlei betreten, wo ein Teil der Verhandlungen mit den rumänischen Vertretern stattgefunden hat. Die Kanzlei befindet sich am Ort, wo vor seiner Zerstörung das Geburtshaus des berühmten Kölner Kardinals Joseph Frings stand. Unser Gespräch erfolgte in der Bibliothek, wohin Dr. Hüscher mehrere Leitz-Ordner von den in einem Panzerschrank aufbewahrten Gesprächsnotizen und -protokollen, Vereinbarungen, Abrechnungen und sonstigen Unterlagen zum Freikauf der Rumäniendeutschen gebracht hatte. Der Begriff »Freikauf« mißfällt Dr. Hüscher. Es habe sich um Kauf von Freiheit und Entlassung in die Freiheit bei seinen Bemühen gehandelt. »Es war eine große humanitäre Aktion, nicht um Personen zu kaufen – zu wessen Eigentum auch? – sondern um solchen, die in Unfreiheit lebten, die Freiheit zu ermöglichen, angesichts der damaligen Bedingungen im Ostblocks und besonders in Rumänien,« lautete die Antwort auf die Frage, wie er den Freikauf der Rumäniendeutschen bezeichnen würde.“

Im vorliegenden Band werden nun die bedeutendsten Antworten abgedruckt aus den Gesprächen mit Dr. Heinz Günther Hüscher.

Enttäuscht ist Hüscher, daß bislang niemand Interesse an der wissenschaftlichen Auswertung der oftmals bereits im Flugzeug und sofort nach der Rückkehr von den Gesprächen gemachten Notizen zeigt, am Vergleichen der Protokolle mit späteren Vorgängen, den Umsetzungen und Fortgängen – wobei er selbstverständlich mit seinem immensen Wissen mithelfen würde. Enttäuscht ist er, daß alle, denen er bisher Einblick in die Gesprächsprotokolle und Aufzeichnungen bot, sehr bald erschöpft aufgeben. Die Verfasserin dieser Zeilen miteingeschlossen. Die Notizen sind so umfangreich und die Einzelheiten so faszinierend, daß man beeindruckt die Waffen streckt! Weil klar wird, daß für deren Lesen und Vertiefen immens viel Zeit benötigt wird.

<https://www.buechercafe.ro/artikel.html?nummer=40790>



Deutsche Minderheiten

Entre Rios wird ein Erfolgsprojekt

Teil 5

In vier Folgen wurde an dieser Stelle die Problematik der Rückwanderung der Donauschwaben aus der Kolonie Entre Rios in die Bundesrepublik angesprochen. Im Weiteren soll hier nach diesem erheblichen Aderlaß die weitere Entwicklung der Kolonie geschildert werden.

Die in Brasilien verbliebenen Donauschwaben gaben sich offensichtlich schnell Rechenschaft, daß ähnlich wie ihre Vorfahren, nicht das Warten auf irgendeine staatliche Mildtätigkeit, sondern beherztes Zugreifen angesagt sei, und wie man in manchem donauschwäbischen Dorf sagte, der Ochs an den Hörnern zu fassen sei.

Mit den brasilianischen Gegebenheiten, dem ganz verschiedenem Klima und den Bodenverhältnissen hatte man sich abgefunden und war bereit, sich anzupassen: Ein Glücksfall war es aber auch, daß die *Agraria* in Mathias Leh eine junge, dynamische Leitung erhielt.

Ein Manko der Kolonie insgesamt war, wie erwähnt, der Mangel an geeignetem kultivierbaren Boden. Leh und seine Direktoriumsmitglieder erwarben von den umliegenden *Facendeiros* [port.: Landwirte] Neuland und führten eine Bodenreform durch, hierdurch wurden 14.000 Hektar flurbereinigt. Aufgegebenes Land wurde von der *Agraria* aufgekauft und zumeist an die angrenzenden Nachbarn wiederveräußert. Hierdurch konnten viele Bauern ihr Land auf die optimale Betriebsgröße von 100 Hektar arrondieren.

Diese für donauschwäbische Verhältnisse sehr große Betriebsgröße eignete sich besser für eine mechanisierte Landwirtschaft, die sich immer mehr durchsetzte. Über eine Übertragung dieser Entwicklung auf den Donaauraum kann nur spekuliert werden: Die hier herrschenden kommunistischen Regime gingen nach einer mit enormer Propagandaaufwand betriebenen Bodenreform dazu über, die Bauern in Kolchose und Landwirtschaftliche Produktionsgemeinschaften (LPG) zu pressen. Ob andererseits die *Agraria* und andere Kooperativen gewissermaßen eine kapitalistische Variante einer LPG bzw. einer Kolchose darstellten, sei dahingestellt.

Eine mechanisierte Bodenbewirtschaftung war auf den ehemaligen Urwald- und Steppenböden – im Vergleich zu den vorwiegend Schwarzerdeböden der Donautiefebene – erst recht angesagt. Die Erträge waren in Entre Rios zumeist nur halb so groß wie im pannonischen Tiefland.

Die Landreform Mathias Lehs ging einher mit der Einbindung von Helfern und der Generierung von weiteren Hilfsquellen aus dem Land, aber auch aus Europa. Durch die gestiegene Kreditwürdigkeit konnten neue Maschinen angeschafft werden. Eine landwirtschaftliche Versuchsstation sollte den Bauern Hilfestellung leisten; die Infrastruktur wurde ausgebaut, Industrieanlagen errichtet, das Gesundheitswesen modernisiert und Bildung sowie die Kultur gefördert.

Aber auch die

„Teilhabe und Integration der ringsum lebenden Altbrasilianer in die Dorfgesellschaft – hat die Siedlung nicht nur gerettet, sondern ihr einen ungeahnten Aufschwung, eine gewaltige Expansion und eine kulturelle Blüte verschafft“ (Teppert, S. 14).

Die donauschwäbische Kolonie wurde zum Vorzeigeprojekt der Brasiliendeutschen, sie machte den anderen vor, wie man die von Araukarienwäldern durchzogene Niedergrassteppe ertragreich kultiviert kann: „Damit wurde ein von Kaiser Pedro II. gehegter Plan aus dem Jahre 1873, deutsche Weizenbauern im Hochland von Paraná anzusiedeln doch noch Wirklichkeit“ (Teppert, S. 14).

Die Donauschwaben weltweit bewerben

„die Siedlung im fernen Brasilien als Aushängeschild für die über den ganzen Planeten zerstreuten und mittlerweile sonst nirgends so unverfälscht und geschlossen auftretende Volksgruppe, alldieweil die Rückwanderer sich zumindest ein bißchen zu ihnen zählen dürfen“ (Teppert, S. 14).

Quelle:

Stefan Teppert: Die Rückwanderung donauschwäbischer Kolonisten aus der südbrasilianischen Siedlung ENTRE RIOS in die Bundesrepublik Deutschland. Kleine Festschrift zum 11. Treffen der Brasilien-Rückwanderer am Pfingstsonntag, 27. Mai 2007 in Rastatt, Im Selbstverlag, Meßstetten 2007.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Vor 110 Jahren, genauer am 1. August 1914, begann der Erste Weltkrieg, die Urkatastrophe des alten Europas. Mit einem Beitrag aus dem österreichischen Magazin DIE FURCHE soll an dieser Stelle an dieses für Vertriebene und Aussiedler so folgenreiches Ereignis erinnert werden.

Die Red.

Die Furche: 19. September 2013:

Die Erinnerung an die Urkatastrophe

Hans Magenschab

Den Ersten Weltkrieg sollte man als den Großen österreichischen Krieg bezeichnen. Eine ehrliche Aufarbeitung der Ereignisse samt ihrer Vorgeschichte ist längst fällig.

Das kommende Jahr wird im Zeichen einer Jahrhundert-Erinnerung stehen – des Ersten Weltkrieges. Und das ist gut so: Denn eine ehrliche Aufarbeitung der „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts ist längst fällig – war doch Österreich-Ungarn in besonderem Maße involviert, ja, trug eine Art Grundschuld an den Geschehnissen, die am 28. Juni 1914 in Sarajevo ihren Höhepunkt erreichten.

Wie immer gibt es natürlich eine Vorgeschichte. So ist heute unbestritten, dass 1914 Regierungsmitglieder und Diplomaten des Königreichs Serbien vom Attentat eines Terroristenkommandos auf prominente Österreicher gewußt hatten, wenn auch nur vage. Dem Führer der Komitatschi-Einheiten – einer bewaffneten national-serbischen politischen Bewegung – fielen gerade rechtzeitig Jugendliche auf, die in Belgrader Cafés herumlungerten und nichts zu verlieren hatten: ohne Schulabschluß, ohne konkrete Beschäftigung - aber angesteckt von altslawischen Träumen, religiösen Heldenmythen und orthodoxem Haß gegen den lateinischen Katholizismus. Und sie waren Österreicher, seit die Donaumonarchie 1908 die einstmals türkischen Provinzen Bosnien und Herzegowina annektiert hatte.

Arrogante Österreicher

Begonnen hatte alles mit der brutalen Eroberung des Balkans durch die islamischen Osmanen und der gnadenlosen Massakrierung der Balkanchristen in der Schlacht auf dem Amselfeld, „Kosovo polje“, einem Talkessel südöstlich von Sarajevo, am 28. Juni 1389. Der „Westen!“ hatte für die tapferen – aber orthodoxen – Serben keinen Finger gerührt und in der Zuschauerloge Platz genommen. Danach haben die „Lateiner“ oft lieber mit den Türken paktiert als den Freiheitskampf der aufmüpfig-unruhigen, aber christlichen Serben gefördert. An die Stelle der häßlichen Türken traten später die eleganten Österreicher, arrogant und geschäftstüchtig. Sie spielten die drei heimischen Volksgruppen geschickt gegeneinander aus und ließen das südlichste Kronland durch das Finanzministerium in Wien und Budapest rigoros verwalten.

Die ganze Welt sollte zur Kenntnis nehmen, daß sich das Heldenvolk zu wehren wisse. Und wenn auch nicht Regierungsmitglieder in Belgrad so dachten, so lagen doch Scharfmacher und dubiose Geheimdienstler längst auf der Lauer. Die Zeit war nach ihrer Auffassung reif zum Tyrannenmord. Hatte Franz Joseph alle Anschläge überlebt, war es einem Anarchisten in Genf gelungen, Kaiserin Elisabeth zu ermorden. Wen aber jetzt für einen neuen Show-Mord aussuchen? Die Wahl fiel auf den Thronfolger Österreichs, auf Erzherzog Franz Ferdinand - der 1914 die k. u. k. Manöver im neuen Kronland visitieren und mit seiner tschechischen Ehefrau Sarajevo besuchen sollte.

Bei den für den Mord ausgesuchten jungen Männern handelte es sich, wie später bekannt wurde, um Österreicher - oder genauer: um Bürger der jüngsten habsburgischen Unruheprovinz, Bosnien. Die eigentliche Terrorgruppe bestand aus dem Gymnasiasten Gavrilo Princip, einem Journalisten, einem Lehrer sowie einem Typographen. Helfer war der Hauptmann der serbischen Grenzwahe namens Prvanović, der die Waffen illegal von der „Schwarzen Hand“ aus Belgrad nach Bosnien einschleuste.

Fortsetzung auf S. 11



Kollektiver Mythos Amselfeld

Kurz später, am 28. Juni, trafen sich die Attentäter mit einem Verbindungsoffizier namens Ciganovič in einem Wald in der Nähe der k. u. k. Militärschießstätte „Topcider“. Man ballerte eifrig, Princip schoß am besten. Jeder der künftigen Attentäter erhielt sechs Bomben, deren Größe jeweils einem Stück Seife entsprach. Und jeder erhielt ein Glasrohr mit Zyankali, dessen Inhalt er nach vollbrachter Tat schlucken sollte. Freilich: Der Mord an Erzherzog Franz Ferdinand sowie dessen Gattin Sophie gelang, der Selbstmord nicht. Experten nahmen später an, daß sich das Zyankali infolge Alters zersetzt haben dürfte. Erst dadurch war später freilich eine gerichtliche Untersuchung unter Lebenden durch die österreichische Justiz - und nach österreichischem Recht - möglich.

Ein wesentlicher Gesichtspunkt ist der Umstand, daß man in Wien den Zeitpunkt des Besuches von Franz Ferdinand in Sarajevo für den 28. Juni 1914 festgelegt hatte, und dieser Tag im Heiligenkalender der Orthodoxie als Vidovdan (Sankt-Veits-Tag) zu finden ist.

War das in Wien unbekannt? Und warum recherchierte man im Innenministerium oder in der Armeeführung nicht darüber? Im protokollverliebten Wien diskutierte man ja auch sonst jedes zeremonielle Detail ausgiebig. Eine Verschiebung des Manöverbesuches wäre also durchaus plausibel gewesen.

Waren freilich die Umstände mit dem Feiertag allgemein bekannt und wurden sie bewußt unterdrückt, dann handelte es sich wohl angesichts der vielen Slawen im öffentlichen Leben Österreichs um eine Verschwörung. Mag auch sein, daß man in Wien generell zu phantasielos war, um die Gefahr eines Amselfeld-Gedenkens in seiner religiös-nationalen Tragweite überhaupt zu begreifen. Tatsächlich wird ja von den Slawen nicht nur der Tag der Schlacht als Katastrophe empfunden, sondern das gesamte Nachher bis in die Gegenwart.

Hunderttausende flohen nach 1389, Plünderungen, Massenhinrichtungen, Kinderraubzüge fanden statt. Und so wurde Serbien auch durch die Leidensmystik zu einem Golgatha, der Veitstag zum slawischen Erlösungsfest. Vor allem die Tschechen machten mit dem Bau des Veitsdoms in Prag ihre besondere Christlichkeit und Solidarität mit den Südslawen deutlich.

Zur religiösen Dimension kam mit dem Panslawismus die politische. Und mit der Aufklärung beginnend verbanden sich religiöse und politische Gefühlslagen direkt. Statt Aussöhnung über die religiöse „Schiene“ mit den Monarchie-Slawen zu bewirken, zwang Wien mehrmals die orthodoxen Slawen zu üblen Demütigungen und behandelte sie vor allem nach 1848 als Untertanen zweiter Klasse. Was naiv bis verrückt war.

Schicksalstag 28. Juni

Einer serbischen Offiziersverschwörung fiel dann an einem Junitag 1903 der gemäßigte König Aleksandar (Obradovic) zum Opfer. Bis schließlich am 525. Jahrestag der Trauer über die slawischen Opfer die Schüsse von Sarajevo an der Lateinerbrücke ihr Ziel gar nicht verfehlen konnten. Der Große Krieg war danach unvermeidbar geworden.

Auch nach dem Ersten Weltkrieg ging das Veitstag-Gedenken weiter: Am 28. Juni 1948 vollzog der Staatspräsident und kommunistische Partisanenheld Josip Broz Tito den Bruch mit Moskau. Man hatte Belgrads Unterordnung verlangt, aber Tito widersetzte sich. Und am 28. Juni 1989, einige Jahre nach Titos Tod, hielt der serbische Parteichef Slobodan Milosevic am 600. Jahrestag der Schlacht mitten auf dem Amselfeld eine zutiefst aufputschende Rede, die zu kriegerischen Auseinandersetzungen mit katholischen Kroaten und Slowenen, moslemischen Bosniern und Kosovo-Albanern führte. Milosevic damals: „Der Kosovo-Heroismus hat uns stolz gemacht, auch in der Niederlage unbesiegbar zu sein.“

Just drei Tage vor dem Amselfeld-Gedenken am 28. Juni 1991 erklärten Slowenien und Kroatien die Unabhängigkeit vom übrigen Jugoslawien. Und am 28. Juni 2001 wurde Präsident Milosevic an das Haager Kriegsverbrechertribunal ausgeliefert. Die Regierung in Belgrad war zurückgetreten.

Der Autor war u. a. Chefredakteur der FURCHE (1975/76) sowie Pressesprecher von Bundespräsident Klestil (1994-2004). In diesen Tagen erscheint sein Buch „Der Große Krieg“ (s. o.) – diesen Beitrag verfaßte der Autor eigens für die FURCHE.

Der Große Krieg. Österreich im Ersten Weltkrieg 1914-1918

Von Hans Magenschab Tyrolia 2013.

288 Seiten, geb., € 39,95

Quelle: <https://www.furche.at/feuilleton/die-erinnerung-an-die-urkatastrophe-1275880>

Der Kreisauer Kreis

Teil 4

Josef Müller

Schon mehrfach wurde in der Betrachtung des Kreisauer Kreises in Bezug auf die Aufnahme von Kontakten zu den Westmächten der Rechtsanwalt Josef Müller genannt.

Insbesondere drei dieser Kontaktaufnahmen sind in der Nachbetrachtung hervorzuheben: Es war einmal die Kontaktierung Englands der Abwehrgruppe um Hans Oster (Hans von Dohnanyi, Generaloberst Franz Halder und Generaloberst Ludwig Beck) (die USA waren noch „neutral“) im Oktober 1939 bis Mai 1940 durch Josef Müller über den Vatikan. Als zweites sind die schon erwähnten Kontakte Ulrich von Hassells mit Lonsdale J. Brayns in Arosa (Februar und April 1940) sowie drittens der Vorstoß Carl Goerdelers im Mai 1941 (Schöllgen, S. 113; zu Goerdelers Initiative vgl. Ritter, S. 331ff.). Die später erfolgten Verhandlungen von Trotts wurden bereits erwähnt.

Josef Müller entstammte einer kinderreichen oberfränkischen Bauernfamilie, seine Mitschüler am Bamberger Gymnasium nannten ihn ‚Ochsensepp‘, denn als Schüler verdiente er sich sein erstes Geld mit einem Ochsenkarren beim Ausfahren von Mist auf den Feldern der Umgebung. Als Anhänger des Zentrums war er von Anfang an ein NS-Gegner:

„Mit Schlagfertigkeit und einer Mischung von aus naiver Offenheit und gepaart mit bayerischer Grobheit, hatte er als Anwalt häufig Katholiken vertreten, sowie Kirchenbesitz dem Zugriff der Gestapo zu schützen versucht“ (Galeazzo, S. 148).

Müller hatte dadurch exzellenten Beziehungen zu Ludwig Kaas, dem ehemaligen Vorsitzenden des Zentrums, „jetzt »economy« in Sankt Petersburg“ und Beichtvater des von linksliberaler Seite gehaßten Papst Pius‘ XII. Sehr gut kannte Müller auch den Papstvertrauten Pater Robert Leiber (Galeazzo, S. 148).

Insbesondere diese Beziehungen wollte die erwähnte Militäropposition um Oster nutzen, um mit Vermittlung des Papstes ein Verbindung zu Großbritannien aufzubauen. Im September 1939 erhielt Josef Müller eine „geheimnisvolle Einladung“ in die Abwehrzentrale am Tirpitzufer. Ohne Umschweife ging Oster auf die an Müller gerichteten Erwartungen ein:

„»Wir sind uns doch klar darüber, daß dieser Krieg verbrecherisch leichtfertig begonnen worden ist. Wir wollen im Dienste Christi zusammenstehen und den Frieden unter den Menschen wiederherstellen. Deswegen haben wir Sie zu uns gebeten.«“ (Galeazzo, S. 149).

Müller berichtete später auch, daß ihn Oster bereits bei dieser ersten Begegnung über die Bereitschaft der Verschwörer, den Führer durch ein Attentat zu beseitigen, informierte, gleichzeitig verwies Oster darauf, das diese ganze Aktion als Hochverrat geahndet werden könnte.

Daraufhin wurde Müller vom Abwehrchef Wilhelm Canaris als Oberleutnant der Reserve für die Abwehrstelle München eingestellt; dem

„Italien gegenüber stets mißtrauischen Keitel berichtete Canaris, der Oberleutnant der Reserve Müller habe den Auftrag, die politischen Entwicklung dieses Bundesgenossen zu verfolgen. Damit verfügte Müller über die entsprechende offizielle Legitimation und konnte wenige Tage später, mit einem Visum der Abwehr ausgestattet, nach Rom fliegen“ (Galeazzo, S. 149).

Die Mission Müllers war auch durch die geplante Besetzung Belgiens und der Niederlande gefährdet gewesen; auch aus diesem Grund warnte Oster diese Staaten vor dem deutschen Einmarsch. Durch die ständige Verschiebung derselben, verlor Oster allerdings bei diesen seine Glaubwürdigkeit. Entsprechend waren sie nur unvollständig auf den Einmarsch vorbereitet.

Fortsetzung auf S. 13

Fortsetzung von S. 12

Nach seiner Rückkehr (18. Oktober 1939) berichtete Müller, daß der Papst „grundsätzlich bereit war, die Vermittlerrolle zwischen der Militäropposition und der britischen Regierung zu übernehmen. Damit verfügte der Oster-Kries immerhin über die Möglichkeit einer politischen Option“ (Galeazzo, S. 157).

Oster hingegen mußte nun demzufolge die noch schwankende Generäle zu einer Aktion gegen das Regime antreiben; insbesondere die militärische Spitze – Walter von Brauchitsch und Franz Halder – zögerten. Man konnte sich, trotz der hektischen Aktivität Canaris' und Osters zu keinem Staatsstreich entschließen: Müllers Sondierungen flossen in die bereits erwähnte Denkschrift General Tomas' an die militärische Führung ein.

Zu diesem Schwanken der Generalität kam es im Oktober 1939 zu dem Zwischenfall im Venlo: Ein SD-Kommando entführte zwei britische Offiziere und erschoss einen holländischen Oberleutnant. Der SD-Chef Schellenberg täuschte dies als eine Aktion einer deutschen Oppositionsgruppe vor: Das englische Mißtrauen wurde hierdurch erst recht entfacht.

Unmittelbar nach dem Venlo-Zwischenfall kehrte Josef Müller am 12. November 1939 aus Rom zurück, denn auch er geriet in die Schußlinie der Gestapo: Der Prior von Kloster Beuron, Hermann Keller, hatte über Müllers Korrespondenzanwalt in der Schweiz, Dr. Alfred Etscheid von der Romaktion Wind bekommen und dies der Gestapo berichtet. Dies alles zog erhebliche Kreise, denn Reinhard Heydrich „habe gehofft, mit der Keller-Etscheid-Affäre «die ganze Abwehr» aufzurollen“ (Galeazzo ??)

Der ganze Rahmen von Müllers Sondierungen im Vatikan sind umfangreich und offensichtlich noch nicht ganz durchleuchtet, auch wenn der Vatikan gewisse Akten freigab, schlummern noch einige relevante Dokumente in alliierten Archiven. Andererseits liegt es am Ochsensepp („Herr X“) selbst, daß er, der die Verhaftung und den Kerker überlebte, erst nach einiger Zeit seine Erinnerungen (Josef Müller: Bis zur letzten Konsequenz, ohne Jahr) veröffentlichte und, darauf wurde bereits in einem anderen Zusammenhang verwiesen, daß seine Aussagen teilumstritten sind (Höhne, S. 377): Ob hierbei der latente Antikommunismus des Papstes und seiner Entourage die Haupttriebfeder, wie Müller in seinem Bericht schreibt gewesen ist, sei dahingestellt. Fakt ist, daß der Hitler-Stalin-Pakt den Vatikan äußerst beunruhigte.

Weitere Kontakte zum Vatikan konnten erst Januar 1940 wieder aufgenommen werden. Aber auch der Papst wurde aktiv: Am 12. Januar empfing er den britischen Botschafter Sir Francis d'Arcy Osborne zu einer Audienz und ging sehr behutsam auf die Pläne einer deutschen Opposition ein (Galeazzo, S. 183). Da London nach wie vor skeptisch war, bat Pius XII. Osborne erneut am 7. Februar zu einer erneuten Audienz.

In der Zwischenzeit gelang es Müller über Pater Leiber die letzten Vorbehalte des Papstes auszuräumen. Gegenüber Osborne wurde er dann am 7. Februar deutlich: Hinter der Verschwörung stecke, so Pius XII., ein bekannter deutscher General, dessen Namen er sicherheitsbedingt nicht nannte (Galeazzo, S. 184).

Diesmal zeigte der englische Außenminister, Lord Edward Frederik Halifax, typisch *britisch* „vorsichtig zurückhaltend“ Interesse an einem Frieden mit einer nichtnationalsozialistischen Regierung (Galeazzo, S. 184). Diese Antwort via Pater Leiber traf offensichtlich erst Anfang März bei Oster ein und bewirkte den sogenannten X-Bericht an Halder. Wie bereits erwähnt, ist diese Denkschrift nicht mehr auffindbar.

Sie wurde von Halder Brauchitsch vorgelegt, der diesem, obwohl er über die Militäropposition unterrichtet war, jenem Landesverrat vorwarf. Müller soll *nach* dem Krieg von Halder über diese Reaktion erfahren haben:

„»Sie müssen diesen sogenannten Bericht dorthin geben, wo er hingehört, nämlich an das Reichssicherheitshauptamt. Und die im Bericht genannten Personen und Überbringer müssen sie sofort verhaften lassen.« Das war selbst Halder zuviel, der sich einen Ruck gab und sagte: »Wenn einer verhaftet werden soll, dann verhaften sie mich«“ (Galeazzo, S. 189).

Fortsetzung auf S. 14

Fortsetzung von S. 13

Generaloberst Ludwig Beck beauftragte Müller, erneut nach Rom zu fahren, um Großbritannien vor der bevorstehenden Westoffensive zu warnen. Nach dem Venlo-Zwischenfall „sollte bewiesen werden, daß es doch noch ein »anständiges und verhandlungsbereites Deutschland« gab. Müller vermittelte die Nachricht am 1. Mai 1940 Pater Leiber sowie seinen belgischen Freund, Hubert Noots; am

„6. Mai warnte Prostaatssekretär Montini, der spätere Papst Paul VI., die Vertreter Englands und Frankreichs vor dem Angriff. Aber Osborne zweifelte noch immer, er kablete nach London: »Vatikan erwartet eine deutsche Offensive im Westen Anfang nächster Woche – da man dort jedoch schon früher ähnliche Erwartungen gehegt hat, setze ich kein großes Vertrauen in die gegenwärtige Voraussage.«“ (Galeazzo, S. 190, Rek. auf: Hans Bernd Gisevius: Bis zum Bitteren Ende, 1. Aufl., Zürich 1946, S. 442f.).

Noots informierten den belgischen Gesandten Adrien Nieuwenhuys, der seine Regierung informierte, aber dabei Bedenken über die Glaubwürdigkeit der Nachricht äußerte (Galeazzo, S. 191). Die Offensive wurde wegen der sich ständig ändernden Wetterlage verschoben. – Dafür kann man der deutschen Militäropposition keinen Vorwurf machen.

Müller selbst kam erneut ins Visier der Staatsgewalt, denn Görings Forschungsamt hörte die Telefonverbindungen der Gesandtschaften somit auch Nieuwenhuys' Funktelegramm an Brüssel ab: Die Gegenspionage der Abwehr wurde schnell informiert. Oster, der von der Verdächtigung Müller Wind bekam, rief ihn umgehend nach Berlin zurück: Seine Stimmung war tieferst:

„»Erinnerst Du Dich, was wir uns versprochen haben? Wenn einer von uns platzt, geht er allein an den Galgen.« Ohne Details zu nennen, erklärte er ihm, er könne ihm nicht helfen, da er ebenfalls gefährdet sei. Aber er versuchte, Zuversicht auszustrahlen: Aber Kopf hoch, der liebe Gott wird uns helfen, und nicht den Lumpen«“ (Galeazzo, S. 197f.).

Fortsetzung auf S. 15

Home / Vatikanische Dokumente

Petrusgrab: Ort einer Verschwörung gegen Hitler?

Eine Verschwörung gegen Adolf Hitler, eingefädelt im Vatikan am geheimsten Ort, den es in jenen Tagen dort gab: am Petrusgrab in den Grotten der Vatikan-Basilika. Das klingt nach einer kühnen These, für die es freilich manch stichhaltiges Indiz sowie Zeugnisse aus erster Hand gibt. Die Historikerin Barbara Frale, die am vatikanischen Geheimarchiv arbeitet, hat Publikationen und Dokumente zu diesem Thema zusammengetragen. Sie erklärte uns: „Die Schlüsselfigur ist Prälat Ludwig Kaas. Als Ausgrabungsleiter behielt er mit einem Auge die Archäologen im Blick, die mitunter auch mit ungeeigneten Methoden voringen. Und mit dem anderen Auge kontrollierte er die Bewegungen rund um den Austausch von Informationen, die gelegentlich dort unten in der Vatikan-Nekropole stattfanden. Wir haben da beispielsweise ein Dokument, das vor Jahren veröffentlicht wurde. Es stammt von dem deutschen Diplomaten Fritz Menshausen, Botschaftsrat an der deutschen Botschaft beim Heiligen Stuhl. Dieser schickte einen Protestbrief an Kardinalstaatssekretär Luigi Maglione, in dem er schrieb: „Im Vatikan findet eine Verschwörung statt, und im Mittelpunkt steht Kaas. Der Vatikan verletzt die Neutralität mit den Engländern – wir wissen das!“ Klarerweise wies das Staatssekretariat das sofort zurück. Aber interessanterweise trägt das Dokument eine handschriftliche Notiz von Maglione, der schrieb: „Menshausen weiß alles“.

In der Kurzversion: Es ging um einen Separatfrieden für Deutschland, der mit England ausgehandelt werden sollte. Ludwig Kaas, der frühere Zentrumspolitiker, der sich 1933 in den Vatikan flüchtete, soll hier ein geheimes Informationsbüro eingerichtet haben. Unten in der Nekropole, in der ab 1939 die ersten Sondierungsgrabungen für die Auffindung des Petrusgrabes stattfanden, traf er sich mit dem jungen Münchner Anwalt Josef Müller, genannt: der Ochsensepp, Angehöriger des deutschen Widerstands. Der direkte Kanal zu Papst Pius XII. war dessen Beichtvater, der deutsche Jesuit Pater Robert Leiber. Das deutsch-vatikanische Komplott scheiterte – England nahm die Informationen aus dem Vatikan vermutlich nicht ernst genug. Doch der Mosaikstein zur Geschichte des Petrusgrabes bleibt hochinteressant; Dokumente aus dem Vatikanischen Geheimarchiv, dessen Bestände ab 1939 in wenigen Jahren freigegeben werden sollen, könnten Licht auf dieses Mysterium werfen. Mehr dazu in unserer Februar-Radioakademie über das Petrusgrab.

(rv 21.02.2012 gs)

Quelle: 21/02/2012:

http://de.radiovaticana.va/storico/2012/02/21/petrusgrab_ort_einer_versch%C3%83%C2%B6rung_gegen_hitler/ted-564949

Fortsetzung von S. 14

Erst ein Machtwort Wilhelm Canaris' und ein Vortrag vor dem Führer beendete die Affäre Müller: Aus der Abwehr sickerte vorerst nichts durch. Eine weitere Affäre, in die Josef Müller schlitterte, war die Devisenangelegenheit Mitte 1942 um den Abwehrmann Hans von Dohnányi und den portugiesischen Honorarkonsul und V-Mann der Abwehr Wilhelm Schmidhuber: Auch hierbei spielte Müller eine bella figura ab (siehe Galeazzo, S. 237ff. und Höhne, S. 481ff.)

Im Zusammenhang mit dieser Affäre wurde das Ehepaar Dohnányi und Müller verhaftet, als deren Chef wurde Oster kaltgestellt: Müller wird freigesprochen, aber nicht aus der Haft entlassen. Im Zuge der Verhaftungen nach dem 20. Juli 1944 wird er erneut verhört und entging nur rein zufällig den Exekutionen April 1945. Nach Kriegsende wird Josef Müller der ersten bayerische CSU-Landevorsitzende.

Carl Dietrich von Trotha

Carl Dietrich von Trotha kam am 25. Juni 1907 in Kreisau als Sohn eines Obersten auf die Welt; seine Mutter war die Schwester von Helmut James von Moltke. Während seiner Schulzeit leitete er eine Pfadfindergruppe und besuchte Ost- und Südosteuropa. Er studierte Rechts- und Staatswissenschaften in Breslau und hier kam er unter den Einfluß des Soziologen und Hochschulprofessors Eugen Rosenstock-Huesys aus der schlesischen Arbeitslagerbewegung.

Die Arbeitslager kamen in der schwierigen Nachkriegszeit auf:

„Angesichts der sich verschärfenden sozialen Gegensätze und des sich zuspitzenden Klassenkampfes nach dem Ersten Weltkrieg und der Novemberrevolution hatten einzelne bürgerliche Studentengruppen schon in den Nachkriegsjahren Arbeitslager eingerichtet. Sie wollten durch gemeinsame körperliche und geistige Arbeit eine Verbindung zwischen Studenten und werktätiger Jugend herstellen“ (Finker, S. 70).

Rosenstock sah

„den Ausweg aus der Krise der bürgerlichen Welt in der menschlichen Vernunft, die er für fähig hielt, eine harmonische gesellschaftliche Ordnung zu schaffen [. . .] »Das, was von Natur auseinanderstrebt und auseinanderklafft, durch einen kühnen Entschluß zu gemeinsamem Wirken zu bringen, das ist die Aufgabe des Menschen«“ (Finker, S. 71, Rek.: Eugen Rosenstock: Die Hochzeit des Krieges und der Revolution, Würzburg 1920, S. 263f.).

Diese Bewegung der

„Ideologie der Klassenversöhnung, die die Kapitalistenklasse lediglich als »führende«, »händeordnende«, nicht als profitmachende Schicht verstand, verknüpfte Rosenstock mit einer kleinbürgerlich-romantisierenden-volkstümelnden Ständelehre, nach der »der Bauer« wie »der Handwerker« historisch ihren festen Platz »in der Hofstatt mit dem Hausvater« wie »in den Werkstätten mit den Meistern« in den Ordnungen des »Klerikalismus« und des »Feudalismus« hatten“ (Finker, S. 71).

Praktisch sollten diese Bewegung und die Arbeitslager letztendlich die unteren Volksschichten durch diesen freiwilligen Arbeitsdienst „als gleichberechtigte Partner in das kapitalistische System“ integrieren. Rosenstock sprach sich gegen die Militarisierung des Arbeitsdienstes aus, „weil gerade dies der gewünschten Einordnung der Arbeiter in die »Wirkengemeinschaft« hinderlich sei“ (Finker, S. 71f.).

Diese

„der Arbeitslagerbewegung zugrunde liegende Volksgemeinschaftsideologie übte eine gewisse Anziehungskraft auf solche Jugendlichen aus dem Bürgertum aus, die einerseits die sich verschärfenden sozialen Gegensätze spürten, aber andererseits weit davon entfernt waren, sich im Kampf für die Lösung der sozialen Fragen der Arbeiterbewegung anzuschließen“ (Finker, S. 72).

Sowohl von Moltke als auch von Trotha wurden begeisterte Anhänger dieser Bewegung: Das erste Arbeitslager für Arbeiter, Bauern und Studenten wurde zwischen dem 14. März und dem 1. April 1928 im „Boberhaus“ im schlesischen Löwenburg organisiert; weitere folgten Nord- und Süddeutschland und in Brandenburg.

Fortsetzung auf S. 16

Fortsetzung von S. 15

Über diese Zeit im Löwenberger Arbeitslager berichtet von Trotha später:

„»Die Einordnung im gemeinsamen Gespräch, die aus dem Zusammenleben gewonnene menschliche Bindung, der Zwang, den anderen durch und durch ernst zu nehmen, läßt eine Fähigkeit neu entstehen, die im Tempo unserer Zeit, in den von verkrampften politischen Auseinandersetzungen von heute fast völlig verlorengegangen ist und die doch Vorbedingung jeglichen Zusammenlebens ist, das ‚Begegnen‘ des anderen, auch des gegnerisch eingestellten Menschen«“ (Finker, S. 108, Rek. auf: Eugen Rosenstock, Carl Dietrich von Trotha: *Das Arbeitslager. Berichte aus Schlesien von Arbeitern, Bauern und Studenten*, Jena o. J. (1931), S. 37).

Die sozialen Spannungen im schlesischen Waldenburger Industriegebiet gingen auch an von Trotha nicht spurlos vorbei; neben den Rechtswissenschaften studierte er auch Wirtschaftswissenschaften. Er promovierte 1933 mit einer wirtschaftswissenschaftlichen Arbeit: „Trotha befürwortete zwar die staatliche Wirtschaftsleitung, wollte aber den »freien Wettbewerb« nicht völlig ausgeschaltet wissen“ [vergl.: Roon: *Neuordnung*, 97]. Nach seinem Studium arbeitete er im Justizapparat, ab 1936 im Reichswirtschaftsministerium. Hier leitete er das Referat für die Planung der Kohle- und Energieversorgung (Finker, S. 108),

Manche Historiker haben die Arbeitslagerbewegung „die geistige Hauptquelle und Rosenstock den »Erzgroßvater« des Kreisauer Kreises genannt,“ was Rosenstock später strikt von sich wies (Finker, S. 74). Helmuth von Moltke verfaßte bereits am 20. Oktober 1940 – also vor den Kreisauer Treffen – eine Denkschrift *Die Grundlagen der Staatslehre*, die das Ergebnis seiner langanhaltenden Diskussionen mit Peter von Yorck spiegelt:

„Im Mittelpunkt des Wirkens von Staat und Wirtschaft sollten der Mensch stehen. Eindeutig sprach sich Moltke gegen wirtschaftliche Vormachtstellungen und Abhängigkeitsverhältnisse aus“ (Finker, S. 104).

Diese Denkschrift verteilte von Moltke zuerst an von Yorck, den Staatslehrer Otto Heinrich von Gablentz, den Volkswirtschaftler Horst von Einsiedel und von Trotha. All diese Herren wurde Aktive im Kreisauer Kreis.

Neben zu von Moltke hatte von Trotha einen regen Kontakt zu Horst Einsiedel sowie zu der Arvid-Harnack-Gruppe. Im Kreisauer Kreis war er mit Einsiedel aktiv in der Arbeitsgruppe Wirtschaftsfragen und erarbeitete mit diesem die Denkschrift *Die Gestaltungsaufgaben der Wirtschaft*; Ihr wirtschaftspolitisches Programm, das schon kurz angesprochen wurde, zielte auf eine soziale Marktwirtschaft.

Von Trotha war wie viele Kreisauer ein Adept eines vereinten Europas. Da er an keinem Kreisauer Treffen teilnahm, geriet er zwar in Verdacht, aber die Gestapo konnte ihm nichts nachweisen. Nach Kriegsende engagierte er sich am Aufbau des Berliner Magistrats und wurde Vorsitzender der Europa-Union Berlin. 1952 verstarb er in den USA an einem tragischen Badeunfall.

Literatur

Kurt Finker: *Graf Moltke und der Kreisauer Kreis*, Berlin 1993;

Romedio Galeazzo, Graf von Thun-Hohenstein: *Der Verschwörer. General Oster und die Militäropposition*, Berlin 1982;

Gerhard Ritter: *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Mit einem Brief Goerdelers in Faksimile und vier Abbildungen*, Stuttgart 1955;

Gregor Schöllgen: *Ulrich von Hassell. Ein Konservativer in der Opposition*, München 1990;

Fortsetzung folgt

Herbert Karl



Stefan Raile: Der Maulbeerbaum

Blicke ich aus meinem Arbeitszimmer, sehe ich eine Birke, die immer wieder meine Aufmerksamkeit erweckt, obwohl mir längst jeder Zweig vertraut ist, und besinne ich mich auf Orte oder Landschaften, fallen mir Bäume ein: die Föhren bei Pizunda, die Platanen von Siófok, die Palmen in Gagra, die Buchen auf Rügen, die Trauerweiden am Schwielowsee.

Sie alle haben mich beeindruckt, meine Phantasie angeregt, vielleicht nicht ganz so wie der prächtige Ginko, den ich, wenn in den Botanischen Garten komme, jedesmal lange betrachte, und doch nimmt auch er nicht den ersten Platz ein, weil es jenen Maulbeerbaum gab, der daheim in unserem Hof stand. Sein gewaltiger Stamm, der eine hohe, weit ausladende Krone trug, hatte einen so großen Umfang, daß wir ihn zu dritt kaum umfassen konnten. Er war wohl damals schon fast zweihundert Jahre alt, und ich vermute, daß meine Vorfahren ihn pflanzten, als sie, von Maria Theresia gerufen, aus dem südlichen Schwarzwald ins öde Land zwischen Donau und Theiß kamen, um mit anderen Einwanderern das Dorf zu gründen, Felder und Weingärten anzulegen, Gewerbe auszuüben und Geschäfte zu tätigen.

Ich denke, das Bäumchen, dem ihre liebevolle Pflege auf dem sandigen Boden zu raschem Wachstum verhalf, schenkte bereits ihnen Freude und Entspannung, wenn sie sich, vom harten Tagewerke erschöpft, auf einer Bank in seiner Nähe ausruhten, im Frühjahr seine Blütenpracht bewunderten, im Sommer die ersten Früchte kosteten, im Herbst die Blattfärbung beobachteten. Ihre Nachkommen erlebten, wie der Baum robust und wuchtig wurde, sein Wipfel irgendwann nicht nur die Stallungen, sondern auch das Schilfgedeckte Wohnhaus überragte, und ich bin sicher, daß sie in der glühheißen Sommermonaten so gern wie ich seinen Schatten suchten.

Bereits als Kleinkind wurde ich von Mutter unter seinem dichten Laubdach in mein Stühlchen gesetzt, wenn sie im Hof ihre Arbeiten verrichtete, später schwang ich mich auf der Schaukel, die Vater an einem der kräftigen Äste befestigte, hoch in die Luft, und schließlich kletterte ich mit Hilfe einer Strickleiter weit in die Krone. Wurde der Baum deshalb so bedeutsam für mich, weil er mir abwechslungsreiche Erlebnisse ermöglichte? Fühlte ich mich beeindruckt von seiner unverwüsthlichen Stärke, die mühelos Wind und Wetter trotzte? Oder mochte ich ihn wegen seiner süßen, schwarzen Früchte, von denen ich oft naschte, und die als Marmelade zubereitet fast noch köstlicher schmeckten?

Wahrscheinlich trifft alles zu, ganz gewiß aber auch, daß der Baum meine Einbildungskraft beflügelte, er in den Geschichten, die mir Großmutter erzählte, immer eine Rolle spielte, obwohl sie ihn nie erwähnte, und daß im letzten Sommer, den ich daheim verbringen durfte, gerade seine Blätter das beste Futter für meine Seidenraupen lieferten, verband mich noch enger mit ihm.

Als wir Wochen später, wie die meisten schwäbischen Dorfbewohner gnadenlos von unserem Besitz vertrieben, in die große sächsische Stadt gelangten, wo wir lange zu viert in einem Zimmer wohnten, vermißte ich den Maulbeerbaum so sehr wie meine Spielgefährten, unser Haus, den Garten, die Katze oder den Hund Betyár, und wenn ich, von Heimweh gequält, in Gedanken die weite Strecke zurücklegte, die uns der Güterzug weggefahren hatte, tauchte jedesmal sein genau bewahrtes Bild vor mir auf.

Wirklich sah ich ihn nach über einem Jahrzehnt bei meinem ersten Dorfbesuch wieder. Er schien stabil wie früher, unberührt von den Veränderungen, die sich ringsum vollzogen hatten, und ich spürte, während ich unter ihm stand, jene Vertrautheit, sie sich sonst nicht mehr herstellen ließ. Zog es mich, wenn ich ins Dorf kam, deshalb in seine Nähe, weil er mein Erinnerungsvermögen belebte, Geschehnisse wachrief, die ich für vergessen hielt?

Bekümmert verfolgte ich später, daß er doch nicht unverwüsthlich war, von Mal zu Mal geschwächer wirkte, neben den verdorrten Ästen, die sich beängstigend mehrten, auch sein Stamm hohl zu werden begann. Obwohl ich damit rechnen mußte, starrte ich im vergangenen Sommer verstört auf den Stumpf, der übrig geblieben war, und mich befiel eine schmerzliche Leere.

Manchmal wehre ich mich dagegen, daß es den Maulbeerbaum nicht mehr gibt, und es geschieht, dass ich ihn dort, wo die Birke steht, zu sehen glaube, robust und wuchtig wie einst.

<https://lehrbuch.udpi.hu/text-und-deutung/2014-06-22-13-03-43/stefan-raile-der-maulbeerbaum>

Stefan Raile wurde unter dem Namen Stefan Schoblocher 1937 in Vaskút (Südungarn) geboren, 10 Jahre später jedoch von dort mit seinen Eltern vertrieben. Da sein Vater damals hoffte, bald wieder zurückkehren zu können, gingen sie nur bis Görlitz – und damit in die künftige DDR. Schoblocher erlernte zuerst den Beruf eines Modelltschlers, studierte dann aber Pädagogik und wurde schließlich Lehrer. Nach einem weiteren Studium in Leipzig am Institut für Literatur, ließ er sich in Jena nieder und war dort überwiegend als freier Schriftsteller unter dem Pseudonym Stefan Raile tätig.

Raile schreibt seit 1962 Kurzgeschichten, Novellen und Romane. Neben seiner Literatur für Jugendliche sind ebenfalls seine Romane „Dachträume“ (1996) und „Die gehenkten Puppen“ (2001) sehr lesenswert. Für dieses Buch bekommt er den „Kunstpries Literatur der Vertriebenen Thüringen 2002“. Für die Romane „Im Staub der Jahre“ und „Die Melone im Brunnen“ geht der Kuntpreis 2007 ebenfalls an ihn.

In seinen Romanen und Gedichten befasst er sich hauptsächlich mit dem Leben der Ungarndeutschen im letzten Kriegsjahr, ihrer Vertreibung und dem erzwungenen Leben, das sie später führen müssen. Erst ab 1990 hatte Raile über die Vertreibungen der Familie berichten können, da dies unter der Diktatur nicht möglich war. In seinem neuesten Roman „Letzter Abschied“ zieht er ein Resümee seines Lebens und das seiner Dorfgemeinschaft unter dem Aspekt der Umsiedlung“ als Folge des 2. Weltkrieges. Raile ist außerdem Autor sehr spannender Jugendromane aus der Zeit der Eroberung Mexikos, zeitgenössischer Jugendfragen und Jugendkrimis.



HOH(L)SPIEGEL:

„Nichts ist mit dem Frieden verloren. Aber alles kann mit dem Krieg verloren sein“
(Pius XII., Rundfunkbotschaft vom 24.8.1939).

Bildnachweis:

Karten, Bilder und Graphiken stammen—
wenn nicht extra gekennzeichnet - aus Privatsammlungen oder von offiziellen AfD-Seiten.

Red./HK

Impressum

SPRECHER Herbert Karl:
0175 9036144

SPRECHER Vadim Derksen:
0176 82072670

STELLV. SPRECHER :
Martina Kempf
Martin Schmidt, MdL

ANSCHRIFT:
Grösselbergstr. 7
75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Carl
IBAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65

www.vadm-afd.de

E-Mail:
kontakt@vadm-afd.de